

18.10.2017

Az. 1.3.4

### 3. Sitzung des Ausschusses für Regionalverkehr in der VI. Wahlperiode

**Tag:** 13. September 2017

**Zeit:** 16.00 Uhr bis 18.15 Uhr

**Ort:** Stadthalle Braunschweig, Leonhardplatz

**Anwesend:** Herr Baas (nur zu Punkt 8), Herr Bachmann, Herr Backhauß, Frau Brinkmann, Frau Dirksmeyer-Vielhauer, Herr Egbers-Schoger, Herr Hensel, Herr Herlitschke (in Vertretung für Herrn Lohse), Herr Kassel, Herr Kramer, Frau Köllner (in Vertretung für Herrn Volkmann), Herr Köster, Herr Lührs (wird bis Pkt. 3 durch Herrn Schramm vertreten), Herr Prof. Müller, Herr Poetsch, Frau Retzlaff, Herr Rieck, Herr Rotzek, Herr Schmidt, Herr Schneider, Herr Schrader, Frau vom Hofe,

Herr Merkle, Herr Siekmann, Herr Schubert

Herr Brandes, Herr Rössig, Frau Schumacher (alle Verwaltung)

**Vorsitz:** Herr Schneider

Der Vorsitzende des Ausschusses, Herr Schneider, eröffnet die 3. Sitzung der sechsten Wahlperiode des Ausschusses für Regionalverkehr und begrüßt die Anwesenden.

Herr Schneider stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen und beschlussfähig ist. Er teilt mit, dass die Anfrage der Fraktion Die Linke als Tischvorlage vorliegt und dieser unter Punkt 3 behandelt wird.

Daraufhin ruft er Punkt 1 der Tagesordnung auf.

## I. Öffentliche Sitzung

### **Punkt 1**

Genehmigung der Niederschrift über die 2. Sitzung des Ausschusses für Regionalverkehr

Die Niederschrift wird ohne Gegenstimmen genehmigt.

Herr Schneider gibt für den Punkt 2 den Vorsitz an Herrn Kramer ab. Herr Kramer ruft Punkt 2 auf.

### **Punkt 2**

Möglichkeiten für die Gestaltung des eTicketing im Verbundtarif Region Braunschweig – Anfrage der SPD-Fraktion in der Verbandsversammlung

Vorlage Nr.: 2017/69

Berichterstatte: Herr Rössig

Herr Rössig stellt die Vorlage vor.

Herr Schneider teilt mit, dass er sich eine eigene technische Lösung für das Verbandsgebiet vorstellt. Auch wünscht er sich weiterreichende detaillierte Informationen zu den einzelnen Systemen, um diese effektiver bewerten und vergleichen zu können. Herr Rössig führt aus, dass auch die Verwaltung von einem eigenen System ausgehe, das als solches für den Nutzer zu erkennen sein müsse. Allerdings könne dabei – auch aus Kostengründen – auf bestehende Systemkomponenten zurückgegriffen bzw. Kooperationen mit anderen Betreibern in Betracht gezogen werden.

Herr Bachmann merkt an, dass die Fahrscheindrucker im Bus mit Einführung des eTicketing überflüssig werden. Er verweist auf das diesbezügliche Pilotprojekt der WVG in Wolfsburg und geht davon aus, dass diesbezügliche Erfahrungen und Ergebnisse in die weiteren Überlegungen einbezogen werden. Frau Köllner fragt nach, wie zukünftig Fahrgäste ohne Handy Fahrkarten kaufen können. Herr Rössig antwortet, dass es eine Übergangszeit geben werde, in der dann zwei Systeme parallel angeboten würden, d. h. die bisherige Form des Ticketverkaufs fortgeführt würde. Er führt weiter aus, dass die Ergebnisse des in Rede stehenden Gutachtens abgewartet werden sollten. Herr Egbers-Schoger weist auf die Erfüllung der datenschutzrechtlichen Belange hin.

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

### **Punkt 3**

Vorstellung der Machbarkeitsstudien

A) Klimaschutzteilkonzept Mobilität – Regionale e-Radschnellwege als Instrument zum Klimaschutz und zur CO<sub>2</sub>-Minderung im Alltagsverkehr

B) Machbarkeitsstudie e-Radschnellwege Braunschweig- Wolfsburg

Vorlage Nr.: 2017/62

Berichterstatte: Herr Rössig

Herr Rössig stellt die Vorlage anhand einer Präsentation vor. Herr Hensele möchte sicherstellen, dass unter dem Begriff „Gebietskörperschaften“ auch die Stadt Wolfenbüttel fällt. Herr Rössig teilt mit, dass dies so ist. Herr Bachmann fragt an, warum bei der Strecke Gifhorn - Wolfsburg die Werksverkehre nicht berücksichtigt wurden. Herr Rössig: Die Daten dieser Verbindung basieren auf einer Untersuchung der Metropolregion von 2011. Damals wurden die Werksverkehre nicht einbezogen, insofern seien hier noch entsprechende Potenziale vorhanden. Er empfiehlt aber, sich zunächst auf die in der vorliegenden Studie betrachteten Strecken zu konzentrieren. Frau Köllner weist auf ihre Anfrage zur Radwegeverbindung von und nach Gifhorn hin. Herr Rössig empfiehlt nochmals, sich zunächst auf die in der Studie priorisierten Verbindungen zu konzentrieren, weitere Verbindungen könnten später zusätzlich aufgenommen werden.

Herr Schrader: Kann das Arbeitsaufkommen, das im Rahmen dieses Projektes entsteht, von der Verwaltung mit Bordmitteln bewältigt werden? Herr Rössig verweist auf die Vorlage und stellt klar, dass es sich hier um neue Aufgaben für den Regionalverband handeln würde, insofern müssten bei einer entsprechenden Beschlussfassung bzw. Beauftragung des Regionalverbandes erforderliche Kapazitäten aufgebaut werden. Er geht davon aus, dass es sich dabei vor allem um prozessbegleitende Schritte bis hin zur Entwurf- bzw. Genehmigungsplanung handeln könne. Herr Schneider fügt hinzu, dass eine Übernahme der Baulastträgerschaft durch den Regionalverband vom Gesetzgeber so nicht vorgesehen ist.

Herr Schneider bittet um Abstimmung. Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.

#### **Punkt 4**

Nahverkehrsplan für den Großraum Braunschweig - Neuaufstellung zum 31.12.2019

Vorlage Nr.: 2017/66

Berichterstatter: Herr Rössig

Herr Rössig stellt die Vorlage vor.

Der neue Nahverkehrsplan (NVP) muss gemäß NNVG bis Ende 2019 vorliegen. Er wird nochmal detaillierter als der aktuelle sein. Damit verbunden sei ein umfängliches Beteiligungsverfahren, so dass die Fertigstellung bis Ende 2019 als durchaus herausfordernd anzusehen sei. Herr Rössig weist darauf hin, dass der neue NVP die Grundlage für zukünftige „Vorabkennzeichnungen“ sein soll, um damit vor allem Qualitäts- und Bedienungsstandards im ÖPNV absichern zu können. Die Verwaltung wird zu gegebener Zeit ab Ende 2019 entsprechende Vorlagen mit Wirkung für die Neuvergabe von Linienkonzessionen im Busbereich ab 2022 vorlegen. Vorabkennzeichnungen haben einen Vorlauf von in der Regel 24-27 Monaten.

Herr Schneider bittet um Abstimmung. Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.

#### **Punkt 5**

Vergabe zur Kofinanzierung von Infrastrukturprojekten – Fortschreibung

Vorlage Nr.: 2017/67

Berichterstatter: Herr Rössig

Herr Rössig erläutert die Vorlage.

Herr Rieck berichtet, dass ihm Fälle bekannt sind, in denen Kommunen Anträge gestellt haben, diese aber abgelehnt wurden. Herr Rössig hat momentan keine Kenntnis davon. Er merkt aber an, dass aufgrund be-

reits ausgegebener Zuwendungsbescheide durch die LNVG eine nachträgliche Kofinanzierung des Regionalverbandes nicht mehr gewährt werden konnte.

Herr Kramer fragt an, wer den Sinn der Maßnahmen prüft und ob alle Kommunen im Großraum über diese Fördermöglichkeiten informiert wurden. Herr Rössig antwortet, dass die LNVG die Anträge prüft und dabei den Regionalverband mit einbezieht. Alle Kommunen wurden über die neue Fördermöglichkeit durch den Regionalverband informiert.

Herr Schneider bittet um Abstimmung. Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.

## **Punkt 6**

Beschaffung von 1.000 Fahrradanhängern

Vorlage Nr.: 2017/63

Berichtersteller: Herr Rössig

Herr Rössig erläutert die Vorlage

Die Änderung „vor allem“ an ÖPNV-Zugangsstellen soll in die Vorlage eingefügt werden.

Herr Herlitschke: Wer wählt die Ausführung der Fahrradanhänger aus? Herr Rössig: Es soll unter Einbezug der Kommunen eine möglichst schlichte, zweckmäßige Ausführung ausgesucht werden. Frau Köllner fragt an, ob es die Möglichkeit gibt, auch Geld für einen zusätzlichen Wetterschutz zu investieren. Herr Rössig: Dies sei mit Verweis auf andere Förderprogramme, die dies zum Inhalt hätten, nicht vorgesehen. Herr Kramer: Müssen die Fahrradanhänger zwingend im Zusammenhang mit den ÖPNV-Zugangsstellen stehen? Herr Rössig geht davon aus, da hierfür Finanzmittel nach dem NNVG verwendet werden sollen, dass dies so sein wird. Die Zuständigkeit für die Aufstellung und Wartung der Fahrradanhänger liegt bei den jeweiligen Kommunen. Herr Schneider möchte die Vorlage dahingehend ergänzt wissen wollen, dass der Zeitraum für die Aufstellung vorgegeben wird.

Herr Schneider bittet um Abstimmung. Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.

## **Punkt 7**

Zweigleisiger Ausbau der Weddeler Schleife

Hier: Abschluss Planungsvereinbarung Entwurfs- und Genehmigungsplanung

Vorlage Nr.: 2017/70

Herr Rössig erläutert die Vorlage.

Herr Lührs fragt nach dem Ablauf der nächsten Planungsschritte. Herr Rössig antwortet, dass zurzeit die standardisierte Bewertung durchgeführt wird, die die Berechnung des Nutzens für den Nahverkehr zum Inhalt hat. Erste Ergebnisse sollen im Frühjahr 2018 vorliegen. Mit Abschluss der o. g. Vereinbarung können die notwendigen Planungsarbeiten ausgeschrieben und vergeben werden. Es gelte dann mit Vorliegen der überarbeiteten Planungen sich mit allen Beteiligten über den Bau- und Finanzierungsvertrag zu verständigen, der schließlich Grundlage für die bauliche Umsetzung ist. Genaue Prognosen über die Fertigstellung des zweigleisigen Ausbaus der Weddeler Schleife seien mit Blick auf die verschiedenen Arbeitsfelder schwierig, eine Inbetriebnahme 2022/23 aber nicht unrealistisch.

Herr Schneider bittet um Abstimmung. Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.

**Punkt 8**

Anträge

Antrag der SPD-Fraktion: Einführung von Übergangstarifen

Frau Retzlaff wird für diesen Punkt durch Herrn Baas vertreten.Herr Schneider äußert die Bitte, mit der Region Hannover möglichst bald Gespräche zu führen und weist auf die Dringlichkeit des Antrags hin.Herr Baas erläutert den Antrag.Herr Kramer weist auf die Tarifunstimmigkeiten hin, die sich ergeben, wenn der Fahrgast in andere Tarifgebiete wechselt. Eine Art Metropolticket wäre aus seiner Sicht wünschenswert. Herr Lührs bestätigt, dass die Problematik in allen Randgebieten des Großraumes besteht, auch nach Sachsen-Anhalt. Herr Baas sieht zunächst die größeren Chancen darin, in einem ersten Schritt mit dem GVH zu sinnvollen Kooperationen zu kommen. Herr Schneider regt zu diesem Thema eine gemeinsame Ausschusssitzung mit der Region Hannover an und kann sich in Zukunft – unterstützt durch moderne Technik – auch relations-/entfernungsabhängige Tarife vorstellen.Herr Schneider bittet um Abstimmung. Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.**Punkt 9**

Anfragen

Herr Schneider stellt fest, dass keine weiteren schriftlichen Anfragen vorliegen.

Folgende mündliche Anfragen werden vorgetragen:

Herr Köster fragt nach, wie der aktuelle Stand in Sachen Begegnungsgleis in Rötgesbüttel ist. Herr Rössig teilt mit, dass das ursprüngliche Planfeststellungsverfahren abgebrochen werden musste. Ein neues Planfeststellungsverfahren auf der Basis einer überarbeiteten Planung wird gegenwärtig durchgeführt. Parallel dazu würden gegenwärtig Gespräche mit den dort ansässigen Landwirten geführt. Gravierende Probleme seien ihm momentan nicht bekannt. Die Verwaltung hält nach wie vor, auch wenn diese mit Risiken verbunden sei, an der bisherigen Zeitplanung mit Inbetriebnahme zum Dezember 2018 fest.Herr Schmidt fragt an, ob es Probleme bezüglich der Sicherheit in den öffentlichen Verkehrsmitteln bzw. ob es vermehrt Übergriffe auf das Zugpersonal gebe. Herr Rössig antwortet, dass ihm solche Vorfälle nicht bekannt seien. Dem Regionalverband liegen dazu allerdings auch keine Statistiken vor. Dies müsste von den Verkehrsunternehmen gezielt abgefragt werden.**Punkt 10**

Mitteilungen

Herr Schneider stellt fest, dass keine Mitteilungen vorliegen.Herr Schneider schließt um 17.20 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Nachdem die Gäste den Raum verlassen haben, eröffnet Herr Schneider den nicht öffentlichen Teil der Sitzung.